

KONJUNKTURKRISE ÜBERWINDEN – SCHLESWIG-HOLSTEIN VORANBRINGEN

Beschluss der Klausurtagung der CDU Schleswig-Holstein am 23. und 24. Januar 2009 in Schleswig

Die weltweite Finanzmarktkrise, die im Sommer 2007 ihren Anfang genommen und im vergangenen Jahr die schwersten Verwerfungen im Bankensektor seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ausgelöst hat, erfasst mittlerweile auch den realwirtschaftlichen Bereich und führt zu einem globalen Wirtschaftsabschwung.

Ursachen der Krise

Die Krise hat ihre geographischen Wurzeln in den USA. Ausgangspunkt war der Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes und damit der Wertefall von Immobilienkrediten. Die Gründe dafür sind vielfältig:

Der Versuch der amerikanischen Notenbank, die Konjunktur durch eine Politik des billigen Geldes anzukurbeln, hat die Geschäftsbanken dazu verleitet, auch an Kunden mit fragwürdiger Bonität in großem Stil Kredite zu vergeben. Diese konnten in der Folgezeit aufgrund steigender Zinsen den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, was eine Kettenreaktion nach sich gezogen hat.

Daneben ist die Finanzkrise Ausdruck einer Entwicklung, in der sich die Finanzwirtschaft abgekoppelt hat von dem, was wir als Realwirtschaft bezeichnen. Das heißt, es ging nicht mehr um den realen Wert, der durch reale Arbeit geschaffen wurde, sondern um fiktiv geschnürte Pakete von Aktien oder Derivaten, deren Wert gar nicht mehr real bestimmbar war. Der Kapitalmarkt war nicht mehr nur dazu da, die reale Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Er war fiktiver, unübersichtlicher Selbstzweck geworden. Ein Luftschloss, das geplatzt ist.

Ohne Kapital kann es kein Wachstum geben. Durch die einbrechenden Börsenkurse hat sich das Problem noch verschärft. Nicht nur Banken, auch die meisten anderen börsennotierten Unternehmen verlieren seit über einem Jahr kontinuierlich an Wert. Bei vielen Banken wird jetzt erst deutlich, welche Abschreibungen sie hinnehmen müssen. Die Finanzkrise hat sich dadurch zu einer Krise der Realwirtschaft entwickelt – und in einer globalisierten Welt auch zu einer globalen Krise.

Gerade Deutschland als weltgrößte Exportnation kann sich diesen internationalen Entwicklungen nicht entziehen. Wir haben es derzeit nicht mehr mit einem normalen konjunkturellen Abschwung zu tun, sondern mit einer massiven volkswirtschaftlichen Krise, die wir so in der Bundesrepublik noch nicht erlebt haben.

Die Konjunkturforschungsinstitute haben in den vergangenen Monaten ihre jeweiligen Wachstumsprognosen kontinuierlich gesenkt, obwohl der Kollaps der Finanzmärkte mithilfe eines Bankenrettungspaketes verhindert werden konnte. Bereits im vergangenen Jahr hat sich das Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr halbiert; für das laufende Jahr rechnen auch seriöse Forscher mit einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um zwei bis drei Prozent.

Krise als Chance: Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards als Modell der Zukunft

In Zeiten von Krisen bewähren sich Konzepte und Systeme. Würde weltweit unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft herrschen, wäre uns diese Finanzkrise erspart geblieben. Denn die Krise wurde zum einen ausgelöst durch die maßlose Gier einzelner Akteure, die verantwortungslos mit immer undurchschaubareren Finanzprodukten agierten, ohne Rücksicht auf Verluste für Dritte. Das ist nicht sozial. Und

zum anderen wurde sie ausgelöst durch staatliche Anreize in den USA, Immobilienkredite auch denen zu geben, die kaum monatlich die Miete bezahlen können. Das ist keine Marktwirtschaft.

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung. Dahinter steht eine Gesellschaftsordnung, für die wir uns in der Bundesrepublik vor sechzig Jahren entschieden haben. Sie steht für ein Zusammenleben, in dem Unternehmertum und Verantwortung eine Einheit bieten, in dem Eliten und Volk am selben Strang ziehen. Das heißt, wieder Verantwortung zu übernehmen für die eigenen Mitarbeiter, für das eigene Handeln und für die ganze Gesellschaft. Das hat die Bundesrepublik so erfolgreich gemacht. Wenn wir uns darauf wieder besinnen, haben wir eine gute Chance, aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen.

Es kommt jetzt außerdem darauf an, die epochale Chance zu nutzen, unsere Soziale Marktwirtschaft international umzusetzen. So kann sie zum weltweiten Zukunftsmodell werden.

Pakt für Stabilität und Beschäftigung in Deutschland

Wir können der derzeitigen Krise nur begegnen, wenn wir außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen und diese schnell umsetzen. Der Staat ist gegenwärtig der einzige Akteur, der in einer solchen Situation Impulse gegen den Trend setzen kann. Daher ist staatliches Handeln zum Abfedern der Krise ohne Alternative.

Mit dem Bankenrettungspaket hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dass die Finanzmärkte stabilisiert und fehlendes Vertrauen wieder hergestellt worden ist.

Mit einem ersten Maßnahmenpaket des Bundes Ende 2008 wurden Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro bei Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen angeschoben.

Der Koalitionsausschuss hat sich jetzt auf weitere Maßnahmen geeinigt, um die Perspektiven für die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu verbessern. Der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ ist der letzte Baustein des Konjunkturgesamtpaketes. Kernstück des Paktes ist ein öffentliches Investitionsprogramm mit einem Volumen von rund 18 Milliarden Euro.

Für Zukunftsinvestitionen stellt der Bund insgesamt rund 14 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon werden rund 4 Milliarden Euro für zusätzliche Bundesinvestitionen eingesetzt. Mit 10 Milliarden Euro legt der Bund ein Programm zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder auf. Länder und Kommunen übernehmen einen Kofinanzierungsanteil von 25 Prozent.

Von den Investitionen wird besonders die Bildung profitieren, da der Großteil vor allem in die Schulinfrastruktur, die Einrichtung der frühkindlichen Infrastruktur, die Hochschulen und die Forschung fließt. Die energetische Sanierung stellt dabei einen Schwerpunkt dar. Weitere 3,5 Milliarden Euro gehen in die Bereiche Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur, Informationstechnologie und Lärmschutzmaßnahmen sowie sonstige Infrastrukturmaßnahmen.

Chancen für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein hat wegen seiner mittelständisch geprägten Struktur günstige Aussichten, die konjunkturelle Krise vergleichsweise gut zu überstehen.

Unser Land ist aufgrund der in den vergangenen Jahren betriebenen, von der CDU verantworteten Wirtschaftspolitik für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit in unserem Land von 160.000 auf 100.000 Menschen ohne Beschäftigung zu reduzieren. Wir haben gezielt Wachstumssektoren unserer heimischen Wirtschaft unterstützt. Moderne Technologien und Forschungszentren haben sich in unserem Land angesiedelt. Kleine und mittlere Familienunternehmen konnten im Rahmen von Maßnahmen der einzelbetrieblichen

Förderung zu Investitionen animiert werden. Die Neuausrichtung der Tourismuswirtschaft hat dazu geführt, dass die Krisenfestigkeit der Branche deutlich zugenommen hat. Die Landwirtschaft ist und bleibt ein wesentlicher Faktor, der unser Land auch ökonomisch prägt.

Schleswig-Holstein wird von den 10 Milliarden Euro, die aus dem Stabilitätsprogramm für das kommunale Investitionsprogramm zur Verfügung stehen, voraussichtlich 322 Millionen Euro veranschlagen können. Verbunden mit der aus Schleswig-Holstein zu erbringenden Kofinanzierung von rund 107 Millionen Euro fließen damit etwa 429 Millionen Euro unmittelbar in die Belebung der Konjunktur in unserem Land. Wir werden dafür sorgen, dass die für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Mittel gemäß unseren politischen Grundwerten eingesetzt werden:

- Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur mehrten volkswirtschaftliche Werte und verbessern die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln im Rahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft
- Kleine und mittlere Betriebe, besonders im Handwerk, bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und sollen von den konjunkturpolitischen Maßnahmen in besonderer Weise profitieren
- Familien mit Kindern haben Vorrang vor anderem und sichern die Zukunft unserer Gesellschaft
- Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips werden wir uns dafür einsetzen, dass der Schwerpunkt der anstehenden Maßnahmen unter enger Beteiligung der kommunalen Ebene durchgeführt wird
- Über allem steht das Leitbild einer verantwortbaren Finanzpolitik, die die Tilgung der Lasten unserer Zeit nicht kommenden Generationen aufbürdet; am Ziel der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Finanzen halten wir uneingeschränkt fest

Ausgabendisziplin hat auch in Zeiten der Rezession oberste Priorität

Eine seriöse Haushaltswirtschaft gehört zu den Markenzeichen erfolgreicher CDU-Politik.

Seit Regierungsübernahme in Schleswig-Holstein ist es uns gelungen, die Neuverschuldung um zwei Drittel zu reduzieren. Der von uns eingeforderten und durchgesetzten haushaltspolitischen Solidität in steuerstarken Jahren ist es zu verdanken, dass wir der Krise nun in einer immer noch schwierigen, aber beherrschbaren finanziellen Lage gegenüberstehen. Bei der Kofinanzierung der vom Bund bereitgestellten Finanzmittel aus dem Stabilitätsprogramm gilt es zu überprüfen, inwiefern im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit für konsumtive Zwecke vorgesehene Ausgaben im Landeshaushalt zugunsten von Investitionen umgeschichtet werden können. Von vornherein darauf zu setzen, dass der Kofinanzierungsanteil ausschließlich über neue Schulden aufgebracht werden kann, wäre der falsche Weg.

Dem Ziel einer konsequenten Begrenzung der Neuverschuldung wissen wir uns auch künftig verpflichtet. Nur so kann es gelingen, kommenden Generationen keine Lasten aufzubürden, die durch diese nicht mehr tragbar sind. Daher gilt es, gerade auch in Zeiten der konjunkturellen Krise einen kühlen und klaren Kopf zu bewahren und der Versuchung einer ungehemmten Ausgabenpolitik zu widerstehen.

Deshalb drängt die CDU auf eine wirksame Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte mit besonderem Nachdruck. Dieser Grundsatzbeschluss wird der Föderalismuskommission einen erfolgreichen Abschluss ihrer Arbeiten ermöglichen, wenn strukturschwachen Ländern mit einem Altschuldenvolumen, dem diese aus eigener Kraft nicht Herr werden können, entsprechende Hilfen gewährt werden. Die vereinbarte Schuldenbremse kann nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn Altschulden konsequent getilgt werden. Erst die Pflicht zur Tilgung führt zum Abbau von Altlasten und damit zur Reduzierung immenser Zinszahlungen in der Zukunft.

Wir begrüßen es, dass die neue Schuldenregel noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages beschlossen werden und zu einem in der Föderalismuskommission noch festzulegenden Zeitpunkt, spätes-

tens aber 2015, in Kraft treten soll. Bis dahin sind zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen zur Gesundung der Staatsfinanzen zu ergreifen. Das Land Schleswig-Holstein wird hierbei unter Führung der CDU mit gutem Beispiel vorangehen.

Investitionen in Infrastruktur dienen der Wettbewerbsfähigkeit

Staatliche Investitionen in die Infrastruktur stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Sie ergänzen private Investitionen und erhöhen deren Rentabilität. Damit fördern sie Wachstum und Beschäftigung und sind Ausdruck finanzpolitischer Solidität.

Gerade im Schul- und Straßenbau müssen wir in Schleswig-Holstein einen enormen Unterhaltungs- und Investitionsstau verzeichnen, der über zwei Jahrzehnte hinweg aufgelaufen ist und innerhalb weniger Jahre mit begrenzten Finanzmitteln noch nicht hinreichend abgebaut werden konnte. Deshalb ist es richtig, bei der Verteilung der Mittel im Land genau an dieser Stelle anzusetzen.

Bereits lange bevor sich die Dramatik der wirtschaftlichen Entwicklung mit der jetzt deutlich werdenden Klarheit abgezeichnet hat, hat die CDU-geführte Landesregierung mit einem auf Zukunftsinvestitionen setzenden Landeshaushalt Akzente gesetzt. So wurden bereits im Rahmen des im vergangenen Dezember verabschiedeten Etats Investitionen in Höhe von 42 Millionen Euro für Sanierung, Modernisierung und Einrichtung von Schulen vorgezogen. Weitere 14 Millionen Euro wurden vorzeitig für den Straßenbau veranschlagt. Damit wird dem Mittelstand in unserem Land durch zusätzliche Aufträge geholfen.

Im vergangenen Jahr hat das Land Schleswig-Holstein dank der investitionsorientierten Politik der Landesregierung nach vorläufigen Berechnungen allein 215 Millionen Euro in das schleswig-holsteinische Bundesfernstraßennetz und 95 Millionen Euro in das Landesstraßennetz investiert. Für den Weiterbau der A 20 konnten außerhalb des jetzt aufgelegten Stabilitätsprogramms 153 Millionen Euro Bundesmittel akquiriert werden.

Im Investitionsprogramm „Kulturelles Erbe“ wurden jeweils 3 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich veranschlagt, um die kulturellen Schätze des Landes zu bewahren, Arbeit im Handwerk zu schaffen und den Kulturtourismus zu fördern.

Zu den von unserer Landesregierung bereits seit langem forcierten und nun auch ausdrücklich in den Vereinbarungen der Koalitionsparteien in Berlin aufgeführten konjunkturfördernden Maßnahmen gehört darüber hinaus der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Bis Ende Februar wollen Bund und Länder ein integriertes Breitbandkabelkonzept erarbeiten, das darauf abzielt, die bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen zu versorgen.

Dies ist besonders wichtig, denn gerade für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums ist es unerlässlich, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche schließen. Auf diese Weise werden wir den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein wettbewerbsfähig halten und Standortvorteile gerade für kleinere Gemeinden schaffen.

Die zusätzlichen Mittel werden die zahlreichen bereits laufenden Maßnahmen unserer Landesregierung auf dem Gebiet der Förderung der IT-Infrastruktur unterstützen. So war Schleswig-Holstein das erste Bundesland mit einem eigenen DSL-Förderprogramm. Darüber hinaus ist die aktuelle Initiative zur besseren Versorgung des ländlichen Raumes mit Glasfaserverbindungen hervorzuheben.

Der vom Landesinnenministerium im letzten Jahr vorgelegte Entwurf für einen Landesentwicklungsplan lässt leider deutliche Aussagen gerade zur flächendeckenden Breitbandversorgung vermissen. Dies war und ist einer der zentralen Kritikpunkte der CDU.

Heimische Unternehmen stärken – Wettbewerb fördern

Handwerk und Mittelstand sind die tragenden Säulen der Wirtschaft im Land Schleswig-Holstein. Ihnen gilt insofern die besondere Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitischen Initiativen der CDU.

Wir begrüßen wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung von Handwerk und Mittelstand, die bereits in das erste Konjunkturpaket der Bundesregierung eingeflossen sind: Die Aufstockung des den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid verringernden Gebäudesanierungsprogramms um drei Milliarden Euro wird mehr Aufträge für Handwerk und Mittelstand auch in Schleswig-Holstein bringen und zur Sanierung von Kindergärten, Schulen und Sportstätten beitragen. Die Investitionsneigung wird in den Firmen durch die Wiedereinführung degressiver Abschreibungen ansteigen. Kleine und mittlere Betriebe können darüber hinaus höhere Sonderabschreibungen nutzen. Zudem wird unser heimisches Handwerk von der Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen für Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in Privathaushalten gestärkt.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Verwerfungen auf dem Bankensektor liegt uns die Gewährleistung der Kreditversorgung unserer kleinen und mittleren Unternehmen besonders am Herzen. Unser Ziel ist, dass keine gesunden, wettbewerbsfähigen Betriebe, die häufig mit ausgezeichneten Marktpotentialen ausgestattet sind, wegen der Schwierigkeiten im Bankensektor verloren gehen.

Banken, Genossenschaftsbanken und Volksbanken sowie die heimischen Sparkassen nehmen bei der Kreditversorgung des Mittelstandes eine wichtige Rolle ein. Durch die von der CDU angestoßene Novellierung des Sparkassengesetzes, die den einzelnen Instituten eine Verbreiterung ihrer Kapitalbasis ermöglichen soll, wird den Sparkassen die Wahrnehmung ihrer Kreditversorgungsfunktion erleichtert werden.

Wir sind dankbar, dass die Bundesregierung zur Stärkung der Kreditversorgung mittelständischer Unternehmen ein Bürgschaftsvolumen von 100 Milliarden Euro für Kreditmittel zur Stützung von Unternehmen bereitgestellt hat. Um die Kreditvergabe für den Mittelstand zu erleichtern, werden darüber hinaus die Bedingungen des mittelstandsorientierten KfW-Sonderprogramms 2009 flexibilisiert. Zudem werden ein Kreditprogramm für größere Unternehmen aufgelegt und neue Bürgschaftsinstrumente für die Unternehmensfremdfinanzierung eingeführt. Auch zukunftsweisende Technologien sind Gegenstand des Paktes. Insgesamt werden zusätzlich 500 Millionen Euro über Förderprogramme beziehungsweise KfW-Kredite eingesetzt. Im Rahmen der Aufstockung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) werden in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich auch einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von westdeutschen Unternehmen und größeren Unternehmen bis tausend Beschäftigten gefördert. Dies eröffnet neue Finanzierungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in unseren hochinnovativen Unternehmen im Land.

Ihrerseits ist auch die von uns getragene Landesregierung aktiv geworden und hat ein öffentliches Beteiligungsangebot geschaffen, das die Eigenkapitalbasis von Handwerkern nachhaltig verbessert und damit ihre Investitions- und Wachstumsmöglichkeiten unterstützt. Ab sofort können Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein bei der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im Rahmen des Programms „Kapital für Handwerk“ eigenkapitalähnliches stilles Beteiligungskapital bereits ab 25.000 Euro beantragen. Die Absenkung der Beteiligungsuntergrenze ermöglicht jetzt auch kleinen Handwerksbetrieben die Aufnahme einer Beteiligung. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt dieses zusätzliche Signal zur Förderung von Mittelstand und Handwerk.

In der aktuellen Wirtschaftskrise setzen wir auf die Heilungskräfte, die dem Arbeitseinsatz der Menschen und ihrem Ideenreichtum selbst innewohnen. Einen „Staatskapitalismus durch die Hintertür“ wird es mit uns nicht geben, schon gar nicht im fundamental gesunden Mittelstand. Eine staatliche Beteiligung an privatwirtschaftlich zu betreibenden Unternehmen lehnen wir insofern aus ordnungspolitischen Gründen nachdrücklich ab. Wenn aus übergeordneten Gründen im Einzelfall Hilfsleistungen gewährt werden müssen, kann und darf dies nur in Form der Gewährung von Bürgschaften geschehen. Wir setzen auf die Stärken der Sozialen Marktwirtschaft!

Auf Familien mit Kindern besonderes Augenmerk richten

Familien mit Kindern werden durch die derzeitige Konjunkturkrise besonders hart getroffen. Ihre Flexibilität im Falle eines Arbeitsplatzverlustes ist begrenzt, ihre Alternativen bei der Verwendung ihres Einkommens sind eingeschränkt, da sie zwangsläufig eine hohe Konsumquote aufweisen, ihre Belastungen, zum Beispiel durch abzutragende Kredite für die Finanzierung eines Eigenheims, sind überproportional.

Als Familienpartei legen wir Wert darauf, dass Eltern und ihre Kinder von den erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen besonders profitieren. Insofern unterstützen wir es nachdrücklich, dass zwei Drittel der Bundesmittel für Überwindung der konjunkturellen Krise im Bereich Bildung und Familien eingesetzt werden sollen.

Für Bau und Betrieb neuer Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige haben wir für die kommenden beiden Jahre im Landeshaushalt bereits insgesamt 22 Millionen Euro veranschlagt. Die CDU-geführte Landesregierung will bis zum Jahr 2013 insgesamt 17.000 neue Betreuungsplätze im Land schaffen. Darüber hinaus wird ein für die Eltern beitragsfreies Kindergartenjahr eingeführt werden, das mit insgesamt fünfzig Millionen Euro zu Buche schlägt.

Familien kommt auch in ganz besonderem Maße die von der Bundesregierung vorgesehene Senkung der Einkommensteuer zugute. Dabei handelt es sich um die Anhebung des Grundfreibetrags in zwei Schritten auf 8.004 Euro; die kalte Progression wird durch Senkung der Tarifeckwerte um insgesamt 730 Euro abgemildert werden. Zur gezielten Entlastung der untersten Einkommen wurde zum 1.1.2009 neben der Anhebung des Grundfreibetrages noch der Eingangssteuersatz von 15 Prozent auf 14 Prozent gesenkt.

Gute Bildung gibt es nur in guten Schulen – jetzt in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren!

Mit Hilfe einer in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die ein Musterbeispiel für ein gelungenes Bund-Länder-Zusammenspiel über Parteigrenzen hinweg darstellt, wird es gelingen, den enormen Investitionsstau vor allem im Schul- und Hochschulbau sowie in der Hochschulmedizin anzugehen.

Im Einzelnen wird der Bund in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen der Länder und Kommunen in Kindergärten, in die Schul- und Hochschulstruktur sowie die Forschung in Höhe von 6,5 Milliarden Euro – mit 65 Prozent der Löwenanteil der Finanzhilfen des Bundes – fördern. Für unser Heimatland bedeutet dies:

Von den insgesamt 322 Millionen Euro, die auf Schleswig-Holstein entfallen, stehen für den Neubau, die Erweiterung, den Umbau, die energetische Sanierung und die Modernisierung von Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und das UKSH rund 210 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Wir fordern konkret, dass die uns zur Verfügung stehenden Mittel für eine durchgängige Bildungsarbeit von der Pike auf gesteckt werden. Unser Bildungssystem ist umfassend angelegt. Es beginnt mit dem frühkindlichen Bereich und endet bei den Institutionen der Weiterbildung. Ein besonderes Augenmerk sollte zudem auf die Hochschulen, die Hochschulklinika und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelegt werden.

Flankierend werden Bundesmittel in Höhe von 16,2 Millionen Euro im Rahmen des so genannten Investitionspakts 2009 und das neue speziell auf Schleswig-Holstein zugeschnittene Landes-Schulinvestitionsprogramm im Umfang von 52 Millionen Euro dazu beitragen, insbesondere die Lern- und Arbeitsbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Wir betonen jedoch, dass die verschiedenen Förderprogramme insgesamt getrennt voneinander beurteilt werden müssen, damit die erhofften Wirkungen vor Ort nicht verpuffen.

Rund 120 Millionen Euro umfasst schließlich unser Zukunftspakt „Bildung, Wissenschaft und Forschung“, den die Landesregierung für die Jahre 2009/2010 aufgelegt hat. Neben 36 Millionen Euro zusätzlich für

die Wissenschaft wurden zunächst je 150 zusätzliche Lehrerstellen an Gymnasien sowie Gemeinschafts- und Regionalschulen eingerichtet. Hinzu kommen als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen noch einmal weitere 100 Lehrerstellen für die Gymnasien, jeweils 50 für die Regional- und für die Gemeinschaftsschulen sowie 33 für die Hauptschulen.

Zukunft wird vor Ort gestaltet

Die CDU ist die Partei der Subsidiarität. Die Verantwortlichen vor Ort wissen am besten, was für die jeweilige konkrete Situation das Richtige ist. Deshalb wollen wir bei der Umsetzung konjunktureller Maßnahmen Einfluss und Beteiligung der Kommunen stärken und fördern.

Die Mittel aus den Konjunkturfördermaßnahmen werden die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur entscheidend voranbringen, denn sie versetzen uns in die Lage, entsprechend den Problemlagen vor Ort agieren zu können. Dadurch werden wir zusätzliche Investitionen auf den Weg bringen, die gerade auch finanzschwachen Kommunen zugute kommen und dort Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Es ist unbedingt darauf zu achten, dass die Fördermittel nach den Vorgaben des Bundes rasch verausgabt werden können, damit der erhoffte Belegungseffekt für die Konjunktur möglichst schnell und spürbar wirksam wird. Dies ist aber nur möglich, wenn die Finanzhilfen des Bundes den Ländern auf transparentem, gerechtem und unkompliziertem Wege unter einem „Gesamtdach“ des Programms zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern, dass es den Ländern auf diesem Wege ermöglicht werden muss, schnell und der Lage angemessen unter erleichterten Vergabekriterien zu investieren und über Investitionsvorhaben eigenverantwortlich zu entscheiden. Hierbei darf nicht das „Windhundverfahren“ entscheidend sein, das kleinere finanzschwächere Gemeinden benachteiligen würde.

Um einen effizienten Mitteleinsatz zu ermöglichen, sollte der von Kommunen und Ländern beim kommunalen Investitionsprogramm zu tragende Eigenanteil bei der Umsetzung zudem in Form von Öffentlichen-Privaten Partnerschaften (ÖPP) auch ratierlich nach der Investitionsphase geleistet werden können. Hierdurch würde sichergestellt, dass Kommunen sich auch im Rahmen dieses Investitionsprogramms für die im Vergleich zum herkömmlichen Bauen häufig effizienteren ÖPP-Modelle entscheiden können. In dem zwischen Bund und Ländern abzustimmenden Gesetz und der Verwaltungsvereinbarung für das kommunale Investitionsprogramm sollte dies berücksichtigt werden.

Ein besonderer Stellenwert kommt in Schleswig-Holstein der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums zu. Im Vordergrund müssen hier die Bedürfnisse der Menschen stehen. Notwendig ist daher eine ortsnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie mit Bildungseinrichtungen. Die Förderung des ländlichen Raums muss insgesamt intensiviert werden, zu einem Gegensatz zwischen den ländlichen Räumen und den Stadtregionen darf es nicht kommen. Vielmehr setzt unsere Politik darauf, gewerbliche Entwicklung auch außerhalb bestimmter Entwicklungsachsen zuzulassen. Denn gerade auch die ländlichen Räume müssen eigene Entwicklungsimpulse setzen können.

Aktuell ist es von besonderer Bedeutung, vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum zu unterstützen, um dort Arbeitsplätze sicherzustellen. Gerade sie bilden aus, und gerade sie sorgen dafür, dass das Geld in der Region bleibt. Das so genannte „SPD-Wirtschaftskonzept“ führt hier die verfehlten Ansätze des heftig kritisierten Entwurfs für einen neuen Landesentwicklungsplan fort.

Wir begrüßen es gerade auch im Interesse der Kommunen nachdrücklich, dass das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung eine Anhebung der Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben vorsieht. Landesgesetzlich sind die Vorgaben des Bundes zügig umzusetzen, damit unsere heimische Wirtschaft schnell von den Effekten der konjunkturellen Maßnahmen profitiert. Auch mit Blick auf die EU-Schwellenwerte bei öffentlichen Ausschreibungen setzen wir uns für eine befristete Lockerung ein.

Aus unserer Sicht sind neben den bereits aufgeführten Feldern vor allem in den Bereichen Sportstättenbau, Brandschutz und Krankenhausfinanzierung Investitionen erforderlich.

Wir sind uns der hohen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports in Schleswig-Holstein bewusst. Dazu gehören für uns vor allem gute Sportbedingungen für Schul- und Vereinssport. In vielen Fällen ist die Sanierung von Sporthallen und Schwimmbädern notwendig. Viele unserer Sportstätten sind überaltert. Notwendig sind unter anderem Dach- und Hallenbodenerneuerungen sowie Sanierungsarbeiten. Die Mittel aus dem Zweiten Stabilitätsprogramm wollen wir auch hier sinnvoll und zukunftsgerichtet einsetzen. Als positiver Nebeneffekt werden lokale Handwerksbetriebe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch die öffentlichen Auftragsvergaben unterstützt.

Das Brandschutzwesen in Schleswig-Holstein ist insbesondere durch den ehrenamtlichen Einsatz der Feuerwehrfrauen und -männer in der Fläche geprägt. Deren Ausstattung und Gebäude müssen den neuesten technischen Anforderungen entsprechen, um flächendeckende Sicherheit im Brandschutz dauerhaft gewährleisten zu können. Deshalb wollen wir diesen Bereich der kommunalen Investitionsförderung stärken.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, das Stabilitätsprogramm zum Abbau des Investitionsstaus in Krankenhäusern zu nutzen. Dies gilt auch für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, den größten Arbeitgeber im Land. Dabei darf jedoch das Ziel einer effizienteren Nutzung bereits im „System Klinikum“ vorhandener Mittel nicht vernachlässigt werden. Gleichrangig damit ist die Absicherung der breit angelegten Krankenhausstruktur in unserem Land, durch die eine wohnortnahe Versorgung gewährleistet wird.

Fazit

Wir geben mit dem neuen und abschließenden Maßnahmenpaket die richtige Antwort auf die Herausforderungen einer außergewöhnlichen Krise. Wir stabilisieren die Konjunktur und sorgen für einen nachhaltigen Modernisierungsschub in unserem Land. Deutschland ist trotz der Krise gut aufgestellt. Die Reformen der letzten Jahre haben Wirkung gezeigt. Rot-Grün hat selbst in Nichtkrisenzeiten regelmäßig die Maastricht-Kriterien verfehlt. Ohne ausreichende Investitionen in die Infrastruktur hat Rot-Grün eine Neuverschuldung von fast 40 Milliarden Euro aufgetürmt. Fünf Millionen Menschen waren damals ohne Arbeit. Jetzt kommt es darauf an, die Mittel schnell, zukunftsweisend und nachhaltig einzusetzen.